

# Europa Monitoring

Nr. 14 in 2022



## Deutschland

### TV-Sender zahlt Terroristen Geld für ein Interview

Der Produzent einer TV-Dokumentation im deutschen Fernsehen zum Olympia-Attentat 1972 hat 2.000 Dollar an einen der Mörder von damals gezahlt. Das berichtet der "Focus". Wie es in dem Bericht des Nachrichtenmagazins heißt, habe



Ein Terrorist während der Geiselnahme im Olympia-Dorf; Foto: AP

eine ARD-Sprecherin bestätigt, dass der flüchtige Attentäter entgegen einer ursprünglichen Ankündigung für seine Aussagen in der Dokumentation ein Exklusiv-Honorar erhalten habe.

Ursprünglich hätten die an der Dokumentation beteiligten öffentlich-rechtlichen Sender SWR, RBB und BR vereinbart, keine Honorare an Geiselnnehmer zu zahlen. Die Vertreter der Hinterbliebenen reagieren entsprechend empört. "Für mich ist es ein Medienskandal der ARD, dass

Killer für ihre menschenverachtenden Aussagen mit Geld bezahlt werden", sagte Ankie Spitzer, Ehefrau des in München ermordeten Fechttrainers André Spitzer.

Umso schockierender dürften die Aussagen des Terroristen Mohammed Safady in der Dokumentation sein. Er bereue nichts, sagte er. Die Operation sei "erfolgreich" gewesen, man werde sich noch lange daran erinnern.

### Vize-Präsident des deutschen Parlaments nennt türkischen Präsidenten „kleine Kanalratte“

Wegen Äußerungen von Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Kubicki ist der deutsche Botschafter in Ankara ins türkische Außenministerium zitiert worden.

Der liberale Politiker hatte den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan bei einer Veranstaltung als "kleine Kanalratte" bezeichnet. Er bezog sich dabei auf Erdoğan's Flüchtlingspolitik.

"Eine Kanalratte ist ein kleines, niedliches, gleichwohl kluges und verschlagenes Wesen, weshalb sie auch in Kindergeschichten als Protagonistin auftritt ('Kalle Kanalratte',



Wolfgang Kubicki; Foto: dpa

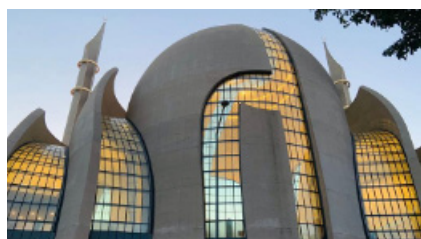
‘Ratatouille’), sagte Kubicki. Erdoğan habe in der Flüchtlingspolitik “einen für die Türkei vorteilhaften Deal mit der Europäischen Union zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen abgeschlossen”. Danach erhielt die Türkei von der EU Geld dafür, dass sie Flüchtlingen den Weg nach Europa versperrte. “Gleichwohl müssen wir sehen, dass die Flüchtlingswelle über die Balkanroute wieder zunimmt, was erneut Herausforderungen für die deutsche Außen- und Innenpolitik mit sich bringt.”

Kubicki versus Erdoğan, das erinnert an die juristisch folgenreiche Auseinandersetzung des türkischen Präsidenten mit dem TV-Moderator Jan Böhmermann. Dieser hatte 2016 ein übles Schmähedicht über Erdoğan verfasst, das er satirisch einkleidete. Weil der Präsident erbost auf eine andere Satire in der Sendung Extra 3 reagiert hatte, gab Böhmermann vor, ihm nun gleichsam didaktisch vor Augen zu führen, was man in Deutschland nicht darf. Nämlich öffentlich ein Gedicht mit derart üblen Schmähungen vorzutragen, wie es Böhmermann nun öffentlich vortrug. Ein Satire-Disclaimer, wenn man so will; “am liebsten mag er Ziegen ficken”, deklamierte Böhmermann.

Die Justiz teilte Böhmermanns Humor nicht und war auch nicht der Meinung, dass Satire erlaube, was sonst verboten wäre. Das Land- und das Oberlandesgericht Hamburg untersagten mehrere Passagen des Gedichts, das Bundesverfassungsgericht gab den unteren Instanzen Recht. Nebenbei wurde der altertümliche Paragraf zur “Majestätsbeleidigung” aus dem Strafgesetzbuch gestrichen.

## Muezzin darf an Kölner Zentralmoschee rufen

Am kommenden Freitag darf zum ersten Mal in Köln der Muezzin im Rahmen eines städtischen



Die DITIB-Zentralmoschee in Köln;  
Foto: dpa

Projekts rufen. Der deutsch-türkische Moscheeverband DITIB habe einen entsprechenden Vertrag für seine Zentralmoschee

im Stadtteil Ehrenfeld unterzeichnet, sagte eine Sprecherin der Kommune am Mittwoch der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

Der Muezzinruf, der dann ab diesem Freitag an der Zentralmoschee erklingen kann, darf laut kommunaler Auflagen 60 Dezibel nicht überschreiten. Das ist etwa so laut wie ein Gespräch. Der Ruf wird auch nicht über die beiden nicht begehbaren, je 55 Meter hohen Minarette ertönen, sondern über zwei Lautsprecher, die auf den Hof zwischen Moschee und Verwaltungsbau gerichtet sind. Das Gebäude liegt an zwei größeren Straßen.

Vor rund einem Jahr hatte die Stadt Köln ein Pilotprojekt gestartet, wonach islamische Gemeinden unter Auflagen freitags für fünf Minuten die Gebetsaufforderung ertönen lassen dürfen. Dafür müssen sie zunächst die Nachbarschaft informieren, eine Ansprechperson für Beschwerden ernennen und ein Schallgutachten vorlegen. Die Lautstärke begrenzt die Kommune je nach Umgebung.

Mittlerweile haben laut Stadt rund zehn der etwa 35 Moscheegemeinden Interesse an dem Projekt gezeigt. Nur eine - die DITIB-Zentralmoschee - reichte einen Antrag mit den nötigen Unterlagen ein.

Nach der Vorstellung des Projekts war eine bundesweite Debatte entflammt. Kritiker warnten unter anderem, die DITIB sei der verlängerte Arm des türkischen Staats. Die Stadt hingegen beruft sich auf die Religionsfreiheit. Schätzungsweise 11 Prozent der gut eine Million Kölnerinnen und Kölner sind islamischen Glaubens.

## Israel/Libanon

### Israel und Libanon einigen sich über Seegrenzen

Nach einem jahrzehntelangen Streit haben sich Israel und der Libanon auf den Verlauf ihrer Seegrenze im Mittelmeer geeinigt. Israels Regierungschef Jair Lapid nannte die Einigung “historisch” und auch Elias Bou Saab, Mitglied der libanesischen Verhandlungsgruppe, bezeichnete das Abkommen als zufriedenstellend. Beide Staaten sollen demnach Zugang zu Gasfeldern im östlichen Mittelmeer bekommen.

Nach der Entdeckung der Gasfelder hatte sich der Streit weiter zugespitzt. Das Karisch-Gasfeld liegt in einem Gebiet, das sowohl Israel als auch



*Forschungsschiff am Karisch-Gasfeld;  
Foto: Reuters*

der Libanon als eigene ausschließliche Wirtschaftszone beansprucht. Die Terrororganisation Hisbollah hatte es vor dem Abkommen als "rote Linie" be-

zeichnet, sollte Israel mit der Gasförderung dort beginnen.

Damit will das Land nun so schnell wie möglich anfangen. "Dieses historische Abkommen wird Israels Sicherheit stärken und Milliarden in die israelische Wirtschaft spülen", erklärte Lapid. Am Mittwoch werde das israelische Sicherheitskabinett tagen und über das Abkommen beraten. Danach werde bei einer Sondersitzung des gesamten Kabinetts die Zustimmung der Regierung eingeholt, bevor das Abkommen dem Parlament vorgelegt werde.

Die Gasfelder könnten auch für Europa relevant werden, denn Israel hatte nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und die damit entstandene Energiekrise zugesagt, mehr Gas nach Europa liefern zu wollen. Der Libanon hofft, dass die Gasförderung beim Bewältigen der Wirtschaftskrise des Landes helfen wird. Die Landeswährung hat seit 2019 drastisch an Wert verloren, Armut und Arbeitslosigkeit nahmen zuletzt stark zu.

## Österreich

### 19 Monate Haft für Kontaktmann des Wiener Attentäters

Am Wiener Landesgericht ist ein Kontaktmann des Attentäters von Wien, der am 2. November 2020 in der Innenstadt vier Passanten getötet und 23 Menschen zum Teil schwer verletzt hatte, verurteilt worden. Der 24-jährige, der laut Anklage dem Attentäter das geistige Rüstzeug geliefert haben soll, wurde wegen terroristischer

Vereinigung und krimineller Organisation zu einer Freiheitsstrafe von 19 Monaten verurteilt.

"Sie sind ein IS-Mann. Davon sind wir überzeugt", sagte der vorsitzende Richter in der Urteilsbegründung. Bei der Strafe war auf ein Urteil in einem separaten, vorangegangenen Verfahren wegen Diebstahls Bedacht zu nehmen. Insgesamt hätte der 24-Jährige somit – sollte das nunmehrige Urteil Rechtskraft erlangen – zwei Jahre zu verbüßen. Der Mann befindet sich seit 3. November 2020 in U-Haft, er war wenige Stunden nach dem Terroranschlag in der Wiener Innenstadt festgenommen worden.



*Foto: Christian Fischer*

Der Angeklagte hatte sich in seinem Schlusswort klar vom Anschlag in Wien distanziert und sich für unschuldig erklärt. "Ich will ganz klarstellen, dass ich das, was passiert ist, bedaure," so der Angeklagte. Er habe den Attentäter zwei- bis dreimal gesehen und von dessen Plänen nichts gewusst: "Wenn ich davon gewusst hätte, hätte ich das gemeldet."